

Betroffene Bürger fordern weitere Auflagen

KOMBI-TERMINAL: Lärmschutz entlang der gesamten Strecke und Nachtfahrverbot



Obwohl einige Forderungen nach Lärmschutz für die vom geplanten Ausbau des Kombiverkehrsterminals betroffenen Bürger erfüllt sind, fordert die Bürgerinitiative weitere Maßnahmen und Auflagen entlang der Strecke zwischen der BASF und Oggersheim.

FOTO: BAUM

Die Aktivitäten der Bürgerinitiative gegen die Umweltbelastung des Kombiverkehrs-Terminals (BI-KVT) gehen weiter. Die bislang beschlossenen freiwilligen Lärmschutzmaßnahmen entlang der Strecke in Edigheim und Oppau seien zwar ein „Schritt in die richtige Richtung“, so die Bürgerinitiative. Allerdings sollten sich BASF, Bahn und Stadtverwaltung Gedanken um weitere Maßnahmen machen. Gefordert werden unter anderem ein effektiver Lärmschutz entlang der gesam-

ten Strecke, ein Nachtfahrverbot und eine verstärkte Nutzung des Südgleises. Bei regelmäßigen Bürgerversammlungen, Mitgliederversammlungen und Stammtischen informieren sich die Betroffenen regelmäßig über neue Entwicklungen und planen weitere Aktionen. Der nächste Stammtisch findet am Donnerstag, 7. Mai, 19.30 Uhr, in der Gaststätte „Neue Gartenlaube“, Horst-Schork-Straße 42 in Oppau, statt. In der letzten Bürgerversammlung kritisierte Dieter Matzig von

der Bürgerinitiative unter anderem die Ergebnisse der schalltechnischen Untersuchungen. Die Stadtverwaltung Ludwigshafen sieht ihre Forderungen nach Lärmschutz für die vom geplanten Ausbau des Kombiverkehrsterminals (KVT) betroffenen Bürger erfüllt. „Durch das mit Deutscher Bahn, BASF und KTL Kombi-Terminal Ludwigshafen GmbH vereinbarte freiwillige Lärmschutzpaket entlang des Gleises zwischen Oggersheim und der BASF konnten die Einwendungen der Stadt ausgeräumt werden“, heißt es in einer Pressemitteilung: „Der nun vorliegende Planfeststellungsbeschluss des Landesbetriebs Mobilität ist ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung dieses Projekts. Der Beschluss geht von einer eingleisigen Verkehrsführung aus.“ Der Planfeststellungsbeschluss wird öffentlich ausgelegt und kann von jedem eingesehen werden. Ort und Zeit der Offenlage werden öffentlich angekündigt. Das Lärmschutzpaket soll so umgesetzt werden, wie es im Oktober 2008 besprochen wurde, heißt es in der Pressemitteilung. Rund zwei Millionen Euro stehen

unter anderem für Lärmschutzwände und für den Einbau schalldämmender Fenster zur Verfügung. 50.000 Euro davon trägt die Stadt Ludwigshafen. Die mit der Vergrößerung des Terminals und die damit zusammenhängende Zunahme der Güterzüge waren zunächst ohne Lärmschutz geplant. Massive Proteste von Anliegern, der Stadtverwaltung und der Parteien haben dann zu einem ersten Ergebnis geführt. Die Bürgerinitiative bleibt misstrauisch. Sie zitierte ältere Pläne der BASF, in dem der Bau eines zweiten Gleises thematisiert wurde. Laut BASF-Pressestelle wird die Anbindung des Standortes Ludwigshafen an Straße, Schiene und Wasserwege regelmäßig überprüft. Deshalb sei vor einigen Jahren auch ein möglicher zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke zwischen der BASF und Oggersheim erwogen worden. Der aktuellen Veröffentlichung in einem Papier eines Verkehrsverbandes habe man laut BASF im Februar 2009 schriftlich widersprochen und um Korrektur gebeten. Die Bürgerinitiative im Internet: www.bikvt.de. (heb)